

Mönchengladbach, Erklärung 2. Ökumenischen Schalom-Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, 1991

2. Ökumenischen Schalom-Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind Verheißungen Gottes für sein Volk. Die Bibel spricht hier vom Schalom Gottes. Wir, Christinnen und Christen aus den verschiedenen Kirchen unserer Region, haben uns am 2. März 1991 im Rahmen des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Mönchengladbach zur 2. Schalom-Versammlung zusammengefunden, um auf die Verheißung Gottes zu antworten und unsere Verantwortung für die Welt zu bekunden.

Damit greifen wir die Verpflichtung der Weltversammlung von Seoul (1990) auf, uns zu einem Bund zusammenzuschließen, um einzutreten

- für gerechte Wirtschaftssysteme, in deren Mittelpunkt der Mensch steht
- für die Entmilitarisierung der Beziehungen unter den Völkern und für eine Kultur der Gewaltlosigkeit
- und für die Erhaltung der Schöpfung, der Überlebensfähigkeit der Welt

In unserer Region sehen wir insbesondere folgende Herausforderungen für uns und die Verantwortlichen in Gesellschaft und Kirche, die zur Umkehr drängen. Sofern die Konsequenzen dieser Umkehr unser eigenes Handeln betreffen, verpflichten wir uns zu einem neuen Verhalten.

1. Unsere Region in der Weltwirtschaft

Unser Wirtschaftssystem trägt weltweit und im eigenen Land zu Ungerechtigkeit, Armut und Zerstörung der Schöpfung bei. Das Evangelium bekräftigt, daß Gott auf Seiten der Rechtlosen, der armen und geschundenen Geschöpfe steht. Als Christen/innen und Kirchen haben wir die Pflicht, Gottes Handeln im Kampf der Armen für die Befreiung aller Geschöpfe zu unterstützen. Deshalb treten wir für folgende Schritte in Richtung auf eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ein:

- Produkte aus Billiglohnländern wie Kaffee, Tee, Bananen kaufen wir nur noch in Eine-Welt-Läden ein.
- Wir ermutigen Gemeinden, kirchliche, kommunale und wirtschaftliche Einrichtungen, genauso zu handeln.
- Wir verpflichten uns zum Boykott von Waren aus Südafrika, solange dort Apartheid herrscht, und zum Boykott von Tropenhölzern.

- Wir ermutigen Gemeinden, kirchliche, kommunale und wirtschaftliche Einrichtungen, genauso zu handeln.

Wir setzen uns dafür ein:

- daß keine Rüstungsgüter und -technologien exportiert werden.
- daß kein Giftmüll und keine bei uns verbotenen Pestizide und Medikamente in die Länder der Zweidrittel-Welt exportiert werden.
- daß die ungeheuren Schulden der Zweidrittel-Welt gestrichen werden.
- daß mindestens 0,7% des Bruttosozialproduktes für eine angepaßte soziale und wirtschaftliche Entwicklung in der Zweidrittel-Welt bereitgestellt werden.
- daß deutsche Firmen, die in der Zweidrittel-Welt wirtschaften, in ihren Betrieben Gewerkschaften zulassen und mit ihnen gerechte Löhne und Sozialleistungen aushandeln.
- daß die weltweiten Rahmenbedingungen verbessert werden (Abbau von Einfuhrbeschränkungen, Stabilisierungsmaßnahmen für die Rohstoffpreise, Verringerung der Exportsubventionen).

2. Gegen Ausländerfeindlichkeit - Für eine multikulturelle Gesellschaft

Seit vielen Jahren leben etwa 4,5 Millionen Ausländer/innen unter uns. Viele von ihnen wurden als Arbeitskräfte mit dem Ziel angeworben, den wirtschaftlichen Wohlstand in der Bundesrepublik zu vergrößern. Daß aber Menschen kamen, denen man politische Grundrechte und eine solide Zukunftsplanung vorenthielt, rückte zu spät in unser Bewußtsein.

Als in den letzten Jahren vermehrt politisch Verfolgte bei uns Zuflucht suchten, begann sich Widerstand zu regen. Ängste vor Überfremdung wurden geschürt, mit vereinfachenden Parolen in Politik und Medien wurde Stimmung gegen Asylbewerber/innen gemacht. Was ist die Folge? Rassistische Einstellungen werden offen vertreten und machen nicht einmal vor Menschen halt, denen außerhalb Deutschlands jede Lebensperspektive vorenthalten bleibt. Das gilt auch gegenüber Roma und Sinti, an denen sich eine schlimme deutsche Tradition fortsetzt. Diese Situation beschämt uns auch dann zutiefst, wenn wir die Sorgen von Teilen der deutschen Bevölkerung ernstnehmen. Offensichtlich durchzieht eine neue heidnische Ideologie unsere Gesellschaft, deren Interesse fast ausschließlich dem Starken und Gesunden gilt. Wenn die Lebensbedingungen der Asylbewerber/innen auf zukünftige Flüchtlinge abschreckend wirken sollen, ist ein Gefühl für die Verhältnismäßigkeit von Mitteln im Umgang mit den Schwachen abhanden gekommen.

Für uns Christinnen und Christen gilt es, eine geschwisterliche Gesellschaft anzustreben, die den Reichtum vielfältiger Kulturen vereint, Menschen unterschiedlichster Rassen zusammenführt und die Würde aller Menschen garantiert.

Zur Verwirklichung dieser solidarischen Gesellschaft fordern wir:

- das Kommunalwahlrecht für die seit Jahren hier lebenden ausländischen Mitbürger/innen, die ihren Lebensmittelpunkt bei uns haben und alle Pflichten genauso wie die Deutschen erfüllen.
- Kirchenasyl, wenn im Extremfall Schutz notwendig ist. Deswegen appellieren wir an die Schwestern und Brüder in den Kirchengemeinden, ihre Gruppen und Gemeinden als Zuflucht und Ort der Geborgenheit für Flüchtlinge zu gestalten, selbst auf die Gefahr der Illegalität hin, wenn unsere Entscheidung vor Gott und unserem Gewissen verantwortet ist.
- menschenwürdige Lebenssituationen für Flüchtlinge: Wir verpflichten uns, bewußter wahrzunehmen und uns auf allen gesellschaftlichen und kirchlichen Ebenen für eine umfassende Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen einzusetzen.
- die Kirchengemeinden auf, ausländischen Mitgliedern Mitarbeit auf allen Ebenen zu ermöglichen.
- den Schutz des im Grundgesetz garantierten Grundrechtes auf politisches Asyl.
- politische Verantwortung: Wir wollen lernen selbst zu teilen und gleichzeitig Politiker/innen in die Pflicht zu nehmen und verbesserte Gesetze einzuklagen.
- die Einrichtung von Flüchtlingsberatungsstellen.
- die Einrichtung interkultureller Begegnungszentren in unserer Region.
- von den Kommunen in unserer Region, der Aufforderung der Landesregierung, zukünftig Sozialhilfe an Asylbewerber/innen nur noch in Sachleistungen oder Gutscheinen auszuzahlen, nicht nachzukommen.
- die Einrichtung kleiner Wohneinheiten für Asylbewerber/innen und ihre Familien auf kommunaler Ebene.
- die Errichtung zentraler Beratungs- und Anlaufstellen für vom Menschenhandel betroffene Frauen in unserer Region. Menschenhändler, die die wirtschaftliche Not
- der Großfamilien in der Zweidrittel-Welt ausnutzen und Frauen wie Sklavinnen behandeln und ausbeuten, müssen bei uns strafrechtlich verfolgt werden.

Uns selbst verpflichten wir dazu, in unserem persönlichen Umfeld für die Verwirklichung der Integration ausländischer Mitbürger/innen einzutreten.

3. Entmilitarisierung Frieden

1. Die Zerbrechlichkeit und Gefährdung des Friedens mußten wir in den vergangenen Wochen und Monaten auf schmerzliche Weise erfahren. Der Golfkrieg und die offiziellen und privaten Reaktionen auf ihn stellen viele scheinbar gesicherte Positionen neu in Frage.

Wir stellen fest:

- Waffen und Militär sollen, wie uns lange gesagt wurde, nicht mehr nur abschrecken, sondern dienen der Kriegsführung. Gewalt ist immer noch als Möglichkeit der Konfliktlösung akzeptiert. Krieg wird immer noch und sogar verstärkt als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln begriffen.
 - Waffen und militärische Einrichtungen, die wir in alle Welt exportieren, blockieren nicht nur den sinnvollen Einsatz menschlicher und materieller Ressourcen, sie bedrohen und töten auch direkt. Schon zeichnet sich ab: Die kurzatmige Empörung über diese katastrophale Politik reicht wieder nicht aus, konsequente Gesetze zu verabschieden.
 - Von deutschem Boden soll zukünftig nur Frieden ausgehen. Dies ist unsere Lehre aus der Geschichte. Der Ruf, das vereinigte Deutschland müsse weltweit Verantwortung übernehmen, verpflichtet, soziale Kooperation und Gerechtigkeit stärkende Initiativen zu entwickeln. Deshalb bauen wir nicht auf militärische Lösungen.
 - Der Abrüstungsprozeß, der sich parallel zur Auflösung des Warschauer Paktes scheinbar wie von selbst entwickelte, wird jedoch bereits gebremst, ehe er zu Ergebnissen geführt hat. Neue Feindbilder, wie der islamische Fundamentalismus und von uns aufgerüstete Diktatoren, dienen dazu, der NATO und dem Militär zu neuer Legitimation zu verhelfen.
 - Das Gewissen vieler Christen/innen wird mißachtet. Gelder zur Finanzierung des Krieges stehen sofort, in Milliardenhöhe und ohne öffentliche Diskussion zur Verfügung. Jede/r Steuerzahler/in wird so gezwungen, diesen Krieg mitzufinanzieren. Eine das Gewissen respektierende Alternative in Form einer Friedenssteuergesetzgebung wird von der Bundestagsmehrheit verweigert.
2. Mit der Weltversammlung von Seoul halten wir dagegen an der Vision fest, unsere Gesellschaft und die internationalen Beziehungen zu entmilitarisieren, eine Kultur der Gewaltfreiheit zu entwickeln und gewaltfreie Formen der Konfliktlösung zu entwickeln.

Das bedeutet konkret, wir setzen uns ein:

- für eine Ächtung des Krieges. Krieg darf um Gottes und der Menschen willen nie mehr sein.
- für eine Fortsetzung des Abrüstungsprozesses und die drastische Reduzierung ausländischer Streitkräfte und der Bundeswehr in den kommenden Jahren.
- für ein Verbot sämtlicher Rüstungsexporte, d.h. für ein Verbot des Exportes von Waren, Dienstleistungen und Know How, wenn deren ausschließlich zivile Verwendung nicht nachweisbar ist.
- für eine Aufnahme des Rüstungsexportverbotes in das Grundgesetz.

- für eine Beendigung der Rüstungsforschung und die Streichung entsprechender Forschungsmittel. Der Prozeß, das Rüstungspotential in immer neuen Hochtechnologeschüben einsetzbar zu machen, muß beendet werden.
- für eine grundgesetzliche Regelung, die die militärische Beteiligung deutscher Truppen in internationalen Konflikten verbietet. Weltweite Verantwortung kann und muß Deutschland in der Weiterentwicklung gewaltfreier Konfliktlösungsstrukturen und friedensfördernder Maßnahmen übernehmen.
- für die Umgestaltung der NATO in ein neues System von Sicherheit und Zusammenarbeit.
- für einen Prozeß innergesellschaftlicher Gewaltverminderung und die Einübung gewaltfreien Verhaltens.
- für das Entstehen einer „Friedenskultur“ in Sprache, Medien, Bildung, Erziehung und im Zusammenleben verschiedener Religionen, Traditionen, Generationen und Kulturen. Wir wenden uns ab von Geist, Logik und Praxis jeder Art von Abschreckung und Ausgrenzung und widerstehen der Entwicklung neuer Feindbilder.
- für die Einrichtung von Sozialen Diensten für Frieden und Versöhnung. Wir bitten besonders die Kirchen, bereits begonnene Projekte konsequent weiterzuführen.
- für die legale Möglichkeit einer Friedenssteuer anstelle einer automatischen Militärsteuer. Wir unterstützen alle, die aus Gewissensgründen einen Teil ihrer Steuer dem Krieg und dem militärischen Apparat vorenthalten. Wir fordern insbesondere die Kirchen und kirchlichen Institutionen auf, entsprechende Initiativen ihrer Arbeitnehmer/innen mit zu tragen.
- wir fordern die Kirchenleitungen auf, etwaige Mehreinnahmen aus der kommenden Steuererhöhung ausschließlich für Friedens- und Gerechtigkeitsprojekte einzusetzen.

Uns selbst verpflichten wir, in unserem persönlichen Verhalten uns immer wieder neu für einen friedfertigen Umgang miteinander einzusetzen.

4. Ein entschiedenes Nein zum weiteren Ausbau der Braunkohlentagebaue

In Solidarität mit der Schöpfung Gottes fühlen wir uns der Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen verbunden. Deshalb sprechen wir ein entschiedenes Nein zur Genehmigung der Braunkohlentagebaue Garzweiler II und Hambach II. Zugleich fordern wir die Rücknahme der Genehmigung des Tagebaues Inden II. Wir sehen in der Absicht der Rheinbraun AG, die Tagebaue über den gegenwärtigen Umfang hinaus zu erweitern, und in der eventuellen Genehmigung durch die nordrhein-westfälische Landesregierung einen massiven Eingriff in das ökologische und soziale Gleichgewicht von Mensch und Natur in dieser Region mit negativen Folgen auch für die nachfolgenden Generationen.

Stattdessen fordern wir die Entwicklung und Durchführung eines konsequenten Programmes zur rationellen Energieumwandlung und -einsparung und die Einbeziehung regenerativer Methoden der Energiegewinnung mit dem langfristigen Ziel einer völligen Umstellung.

Diese Option gegen den weiteren Ausbau der Braunkohlentagebaue treffen wir in vollem Bewußtsein der Abhängigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen von aus Braunkohle erzeugter Energie. Wir sehen darin keinen Widerspruch zu unserem entschiedenen Nein und verfolgen auch nicht die Absicht, Kernenergie zur Grundlage der künftigen Energieversorgung machen zu wollen. Vielmehr halten wir es für einen forschungs- und ordnungspolitischen Skandal, daß es bis heute lediglich völlig unzureichende Anstrengungen zur Erforschung und Installierung energiesparender Maßnahmen der Stromgewinnung und alternativer Formen der Energieerzeugung gibt.

Als Maßnahmen zur Umorientierung in der Energiepolitik fordern wir:

- Erhöhung des Wirkungsgrades der Kraftwerke
- Umstellung auf Kraft-Wärme-Koppelung
- Dezentralisierung der Energieversorgung
- Verbot/Besteuerung energieverschwendender Heizsysteme
- Erschließung regenerativer Energieträger
- finanzielle Hilfen zur Erforschung und Markteinführung alternativer Energieträger
- die Neufestlegung von Braunkohle-Fördermengen, da die jetzt veranschlagten 120 Mio. Tonnen/Jahr den tatsächlichen Bedarf bei weitem übersteigen
- Novellierung des entsprechenden Berggesetzes

Angesichts sich zuspitzender sozialer, ökologischer und ökonomischer Folgen des Braunkohletagebaues mit langfristigen verheerenden Auswirkungen auch auf die Erwärmung der Erdatmosphäre, zu der ebenso das Verbrennen der anderen fossilen Energieträger (Steinkohle, Erdöl, Erdgas) beiträgt, halten wir eine grundlegende Kurskorrektur der Energiepolitik für unbedingt erforderlich.

Wir selbst sehen es als unsere Aufgabe an, im privaten und öffentlichen Rahmen alle Wege des energiesparenden Verbraucher/innenverhaltens zu praktizieren und unsere Gemeinden und Kirchen zu einem beispielhaften und umweltverträglichen Energieverhalten anzuregen.

5. Müll vermeiden statt verbrennen

In den letzten Jahren ist mit dem Warenangebot die Müllmenge pro Kopf der Bevölkerung stark angestiegen. In vielen Gemeinden ist die Aufnahmekapazität der

Mülldeponien erschöpft bzw. geht dem Ende zu. Vor diesem Hintergrund wird in vielen Kommunen die Müllverbrennung als einziger Ausweg gesehen.

Hiergegen sind aber insbesondere folgende Bedenken vorzubringen:

- Die Verbrennung trägt zur Freisetzung von Kohlendioxid in die Atmosphäre und damit zum Treibhauseffekt bei.
- Die Verbrennung verursacht neue, zum Teil hochgefährliche chemische Verbindungen, die zum größten Teil in ihren Zusammensetzungen noch unbekannt sind.
- Auch Dioxine und Furane können mit neuesten Filtertechniken nicht ganz herausgefiltert werden.
- Die Schlacken und Filterstäube sind hochgiftige Restmengen aus der Verbrennung, die auch deponiert werden müssen.
- Müllverbrennung ist wirtschaftlich unrentabel und widerspricht dem Prinzip, Müll zu vermeiden und zu vermindern, da vorhandene Verbrennungskapazitäten ausgenutzt werden müssen.

Aus diesen Gründen fordern wir:

- die Städte und Kreise auf, Abfallwirtschaftskonzepte zu erstellen, die eine Müllverbrennung ausschließen, d.h., keine weiteren Müllverbrennungsanlagen zu planen und zu bauen und bestehende Anlagen langfristig abzubauen.
- daß unsere Städte und Gemeinden umgehend Möglichkeiten der Getrenntsammlung, Kompostierung und Wiederverwertung schaffen und durch finanzielle Anreize die Müllvermeidung fördern.
- daß schnellstmöglich von Bundesregierung und Parlament Gesetze verabschiedet werden, die es der Industrie verbieten, besonders umweltschädigende Produkte herzustellen. Es reicht nicht aus, durch eine Verordnung zu empfehlen, daß Verpackungsmaterialien in Geschäften hinterlassen werden können; bestimmte Materialien müssen verboten werden.
- daß auch unsere Kirchen Bürgerinitiativen gegen Müllverbrennungsanlagen unterstützen. Insbesondere sind die Ziele der Abfallvermeidung und Wiederverwertung voll zu unterstützen, weil sie in Übereinstimmung mit der Schöpfungslehre stehen.
- Keine MVA in Mönchengladbach oder im Kreis Viersen.
- In den Bezirken der Städte und den Gemeinden der Kreise sollen ausreichend Abfallberater/innen eingestellt werden, um durch intensive Beratung eine höchstmögliche Abfallvermeidungsrate (Handel, Gewerbe, Hausmüll) zu erzielen.
- Keine Giftmülldeponie nahe bei Wohngebieten, wie z.B. in Odenkirchen.

Wir nehmen uns selbst in die Verpflichtung, beim Einkaufen auf die Umweltverträglichkeit der Produkte und auf die Notwendigkeit von Verpackungen zu achten. Außerdem verzichten wir darauf, für Veranstaltungen und im privaten Bereich, Einweggeschirr zu kaufen und zu benutzen.

In der Auseinandersetzung um die richtige Abfallpolitik haben die Kirchen eine entscheidende, weil unverzichtbare Aufgabe. Sie haben die Chance, mit Wort und Beispiel nicht nur die einzelnen Mitbürger/innen als Verbraucher/innen, sondern auch wirtschaftliche Gruppen und Organe des Staates in der richtigen Weise zu beeinflussen.

Mönchengladbach, den 2. März 1991

Quelle: Heinz-Günther Stobbe u.a.: Quellen und Zeugnisse. Münster 1995.